Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

Anfang Oktober 1989 skandierten demonstrierende DDR-Bürger den Slogan "Wir sind das Volk". Ein Bericht über die Ereignisse der ersten Oktoberwoche an die MfS-Führung befasste sich jedoch hauptsächlich mit Statistiken zur Ausreisebewegung.

Seit den 70er Jahren fungierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) als Schaltstelle der Geheimpolizei. Kernaufgaben dieser Diensteinheit waren die Auswertung von Informationen und der Erarbeitung von Berichten und Materialien zur Information des Ministers sowie der Partei- und Staatsführung. Diese Tätigkeit ging auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zurück, der das MfS und die SED überrascht hatte.

Die ZAIG fertigte u.a. Wochenberichte an, welche die wichtigsten Ereignisse der vorangegangenen Tage für die Führung des Ministeriums und für die SED-Führung zusammenfassten. Das vorliegende Dokument umfasst den Zeitraum vom 2. bis zum 9. Oktober 1989. In dieser Woche spitzte sich die innenpolitische Lage in der DDR immer weiter zu. In Leipzig gingen über 20.000 Menschen auf die Straße und skandierten den Slogan "Wir sind das Volk". Die Sicherheitskräfte gingen mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vor. Zu ähnlichen Vorfällen kam es auch in Dresden und Ost-Berlin. In Sonderzügen transportierte die Reichsbahn Flüchtlinge aus der Warschauer und Prager Botschaft nach Westdeutschland. Dabei kam es an der Strecke zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, denn viele Menschen wollten aufspringen und mitfahren. Die Staats- und Parteiführung beging am 7. Oktober indessen ungerührt den 40. Geburtstag der DDR, während landesweit Demonstrationen stattfanden.

Der Wochenbericht beschäftigt sich kaum mit diesen Aspekten, beinhaltet aber statistische Details zur Ausreisebewegung in der DDR und führt einige Beispiele auf.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Datum: 9.10.1989

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Berlin, 9. Oktober 1989

BStU
000039

WOCHENÜBERSICHT Nr. 41/89

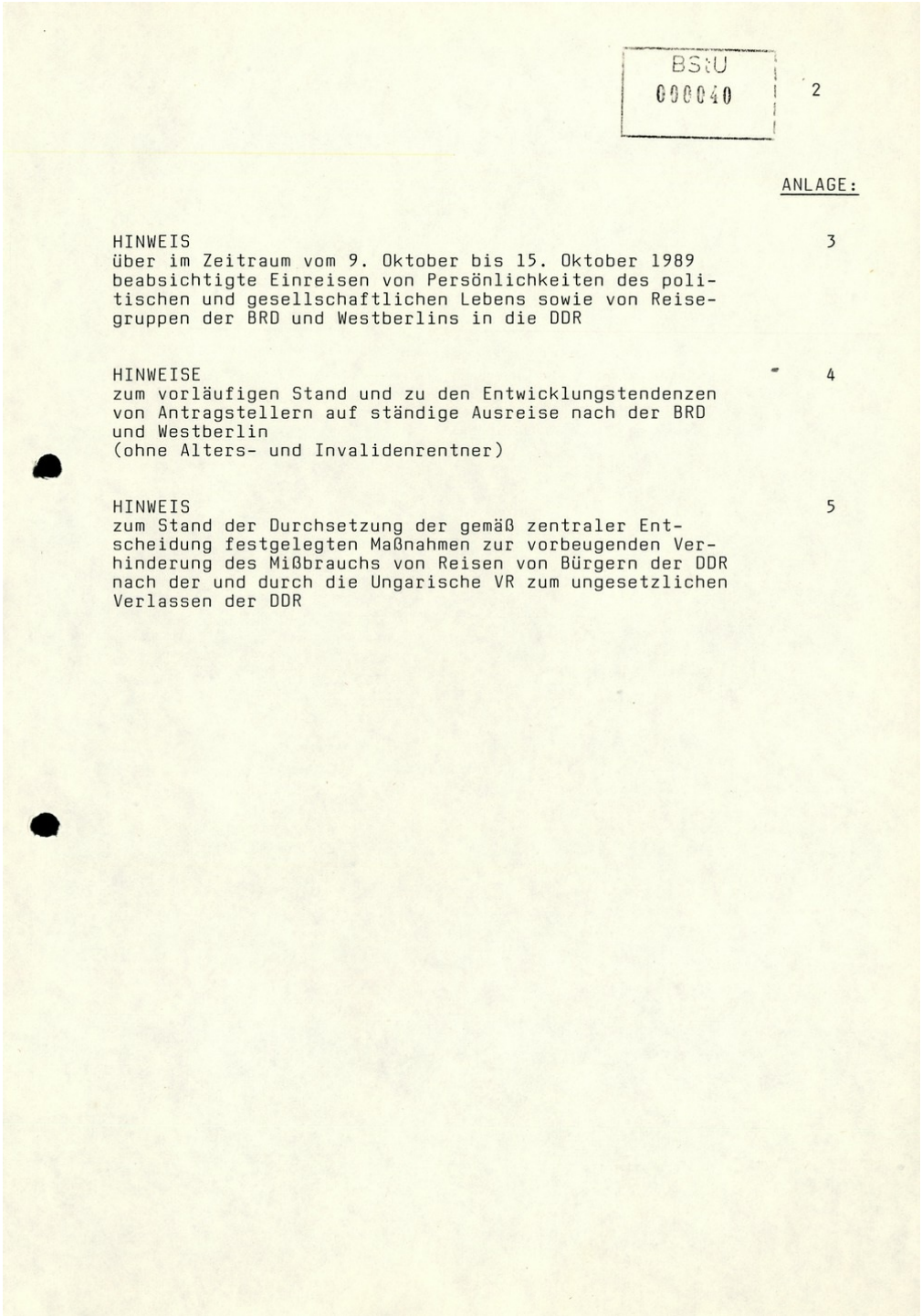
INHALTSÜBERSICHT:

	Seite:
Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR	3
Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen	6
Verhinderte Fahnenfluchten von Angehörigen der NVA	8
Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin	10
Ausgewählte Beispiele des verhinderten ungesetzlichen Verlassens der DDR	11
Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR	12
Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft	16

ANLAGEN:

	Anlage:
HINWEIS zur hydrologischen Situation im Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen des VE Mansfeld Kombinates Eisleben/Halle	1
HINWEIS über ein Treffen zwischen einer Delegation des Bezirksverbandes Unterfranken der FDP und Vertretern des Bezirksvorstandes der LDPD Suhl in Suhl	2

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000040

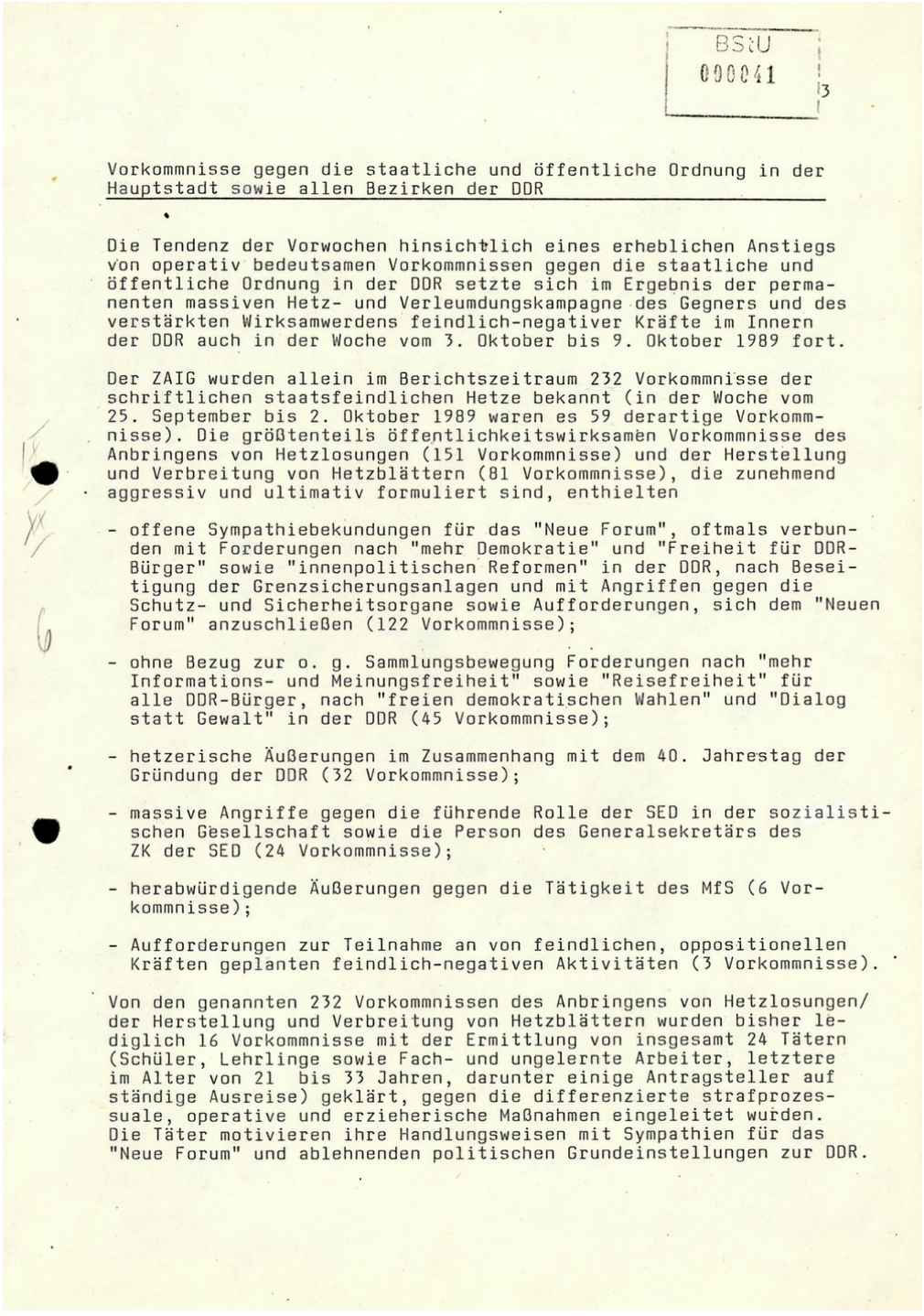
ANLAGE:

HINWEIS 3
über im Zeitraum vom 9. Oktober bis 15. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR

HINWEISE 4
zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin
(ohne Alters- und Invalidenrentner)

HINWEIS 5
zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000041

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR

Die Tendenz der Vorwochen hinsichtlich eines erheblichen Anstiegs von operativ bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR setzte sich im Ergebnis der permanenten massiven Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners und des verstärkten Wirksamwerdens feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR auch in der Woche vom 3. Oktober bis 9. Oktober 1989 fort.

Der ZAIG wurden allein im Berichtszeitraum 232 Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze bekannt (in der Woche vom 25. September bis 2. Oktober 1989 waren es 59 derartige Vorkommnisse). Die größtenteils öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen (151 Vorkommnisse) und der Herstellung und Verbreitung von Hetzblättern (81 Vorkommnisse), die zunehmend aggressiv und ultimativ formuliert sind, enthielten

- offene Sympathiebekundungen für das "Neue Forum", oftmals verbunden mit Forderungen nach "mehr Demokratie" und "Freiheit für DDR-Bürger" sowie "innenpolitischen Reformen" in der DDR, nach Beseitigung der Grenzsicherungsanlagen und mit Angriffen gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane sowie Aufforderungen, sich dem "Neuen Forum" anzuschließen (122 Vorkommnisse);

- ohne Bezug zur o. g. Sammlungsbewegung Forderungen nach "mehr Informations- und Meinungsfreiheit" sowie "Reisefreiheit" für alle DDR-Bürger, nach "freien demokratischen Wahlen" und "Dialog statt Gewalt" in der DDR (45 Vorkommnisse);

- hetzerische Äußerungen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR (32 Vorkommnisse);

- massive Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft sowie die Person des Generalsekretärs des ZK der SED (24 Vorkommnisse);

- herabwürdigende Äußerungen gegen die Tätigkeit des MfS (6 Vorkommnisse);

- Aufforderungen zur Teilnahme an von feindlichen, oppositionellen Kräften geplanten feindlich-negativen Aktivitäten (3 Vorkommnisse).

Von den genannten 232 Vorkommnissen des Anbringens von Hetzlosungen/ der Herstellung und Verbreitung von Hetzblättern wurden bisher lediglich 16 Vorkommnisse mit der Ermittlung von insgesamt 24 Tätern (Schüler, Lehrlinge sowie Fach- und ungelernte Arbeiter, letztere im Alter von 21 bis 33 Jahren, darunter einige Antragsteller auf ständige Ausreise) geklärt, gegen die differenzierte strafprozessuale, operative und erzieherische Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Täter motivieren ihre Handlungsweisen mit Sympathien für das "Neue Forum" und ablehnenden politischen Grundeinstellungen zur DDR.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 41

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000042

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum der ZAIG 51 Vorkommnisse des Führens anonymer/pseudonymer Telefonanrufe (vereinzelt auch des Versendens anonymer Briefe) bekannt, in denen besonders Einrichtungen der Partei unterschiedlichster Ebenen, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS, staatlichen Organen sowie wirtschaftsleitenden und gesellschaftlichen Einrichtungen Gewaltakte in Form von Bomben-, Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie einzelnen Parteifunktionären persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht wurden.

Von diesen Vorkommnissen wurde bisher noch kein Vorkommnis geklärt.

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens (Hetzlosungen/-blätter, Telefonanrufe) bildeten die Bezirke Karl-Marx-Stadt mit 69, Erfurt mit 25 und Halle mit 22 sowie die Hauptstadt mit 28 Vorkommnissen.

In diesem Zusammenhang ist beachtenswert, daß es im Berichtszeitraum generell zu einer Zunahme von auf Gewaltandrohung/-anwendung, auf direkte Konfrontation mit der Staatsmacht abzielenden Vorkommnissen kam. Neben den bekannten großen Zusammenrottungen in Dresden, Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Plauen/Karl-Marx-Stadt sowie den bekannten an Umfang kleineren in Arnstadt/Erfurt (ca. 300 Personen), Potsdam (200 Personen), Ilmenau/Suhl (200 bzw. 15 Personen), Magdeburg (150 Personen), Dippoldiswalde/Dresden und Markneukirchen/Karl-Marx-Stadt (jeweils 50 Personen), Prenzlau/Neubrandenburg und Rostock (jeweils 30 Personen) wurden weitere gewaltorientierte Handlungen bekannt aus den Bezirken

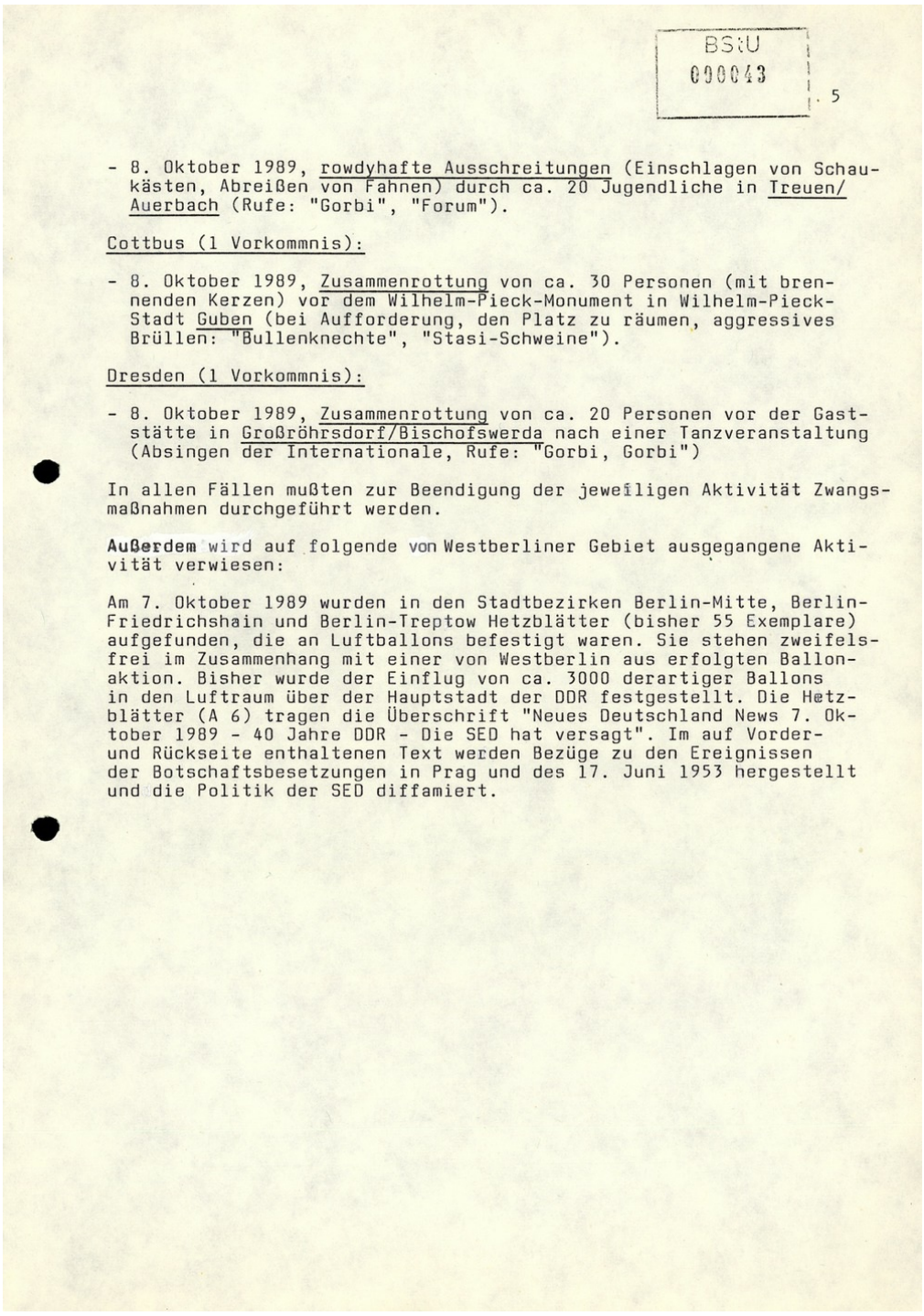
Halle (3 Vorkommnisse):

- 7. Oktober 1989, Rufen von Hetzparolen (u. a. "Setzt die roten Schweine ab", "Schlagt die Roten tot") durch zwei Personen (22, 23, Arbeiter) in einer Gaststätte in Großwülknitz/Köthen;
- 7. Oktober 1989, Marsch einer 20 Personen umfassenden Gruppe mit einer BRD-Fahne in Richtung Markt in Aschersleben;
- 7. Oktober 1989, Zusammenrottung von ca. 100 Personen nach einer Veranstaltung in der Marktkirche von Halle, wobei lautstarke Äußerungen gegen den sozialistischen Staat und die Sicherheitsorgane ("Stasi raus", "Wir wollen raus") erfolgten.

Karl-Marx-Stadt (3 Vorkommnisse):

- 7. Oktober 1989, Zusammenrottung von ca. 200 Personen vor dem Kreiskulturhaus von Hainichen, aus der Sprechchöre ("Stasi raus", "Polizei - Knüppel frei", "Dreckstaat") erfolgten;
- 8. Oktober 1989, "Schweigemarsch" von ca. 40, vorwiegend jugendlichen Personen, durch das Stadtgebiet von Meerane (Entzünden von Kerzen);

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000043

. 5

- 8. Oktober 1989, rowdyhafte Ausschreitungen (Einschlagen von Schaukästen, Abreißen von Fahnen) durch ca. 20 Jugendliche in Treuen/Auerbach (Rufe: "Gorbi", "Forum").

Cottbus (1 Vorkommnis):

- 8. Oktober 1989, Zusammenrottung von ca. 30 Personen (mit brennenden Kerzen) vor dem Wilhelm-Pieck-Monument in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben (bei Aufforderung, den Platz zu räumen, aggressives Brüllen: "Bullenknechte", "Stasi-Schweine").

Dresden (1 Vorkommnis):

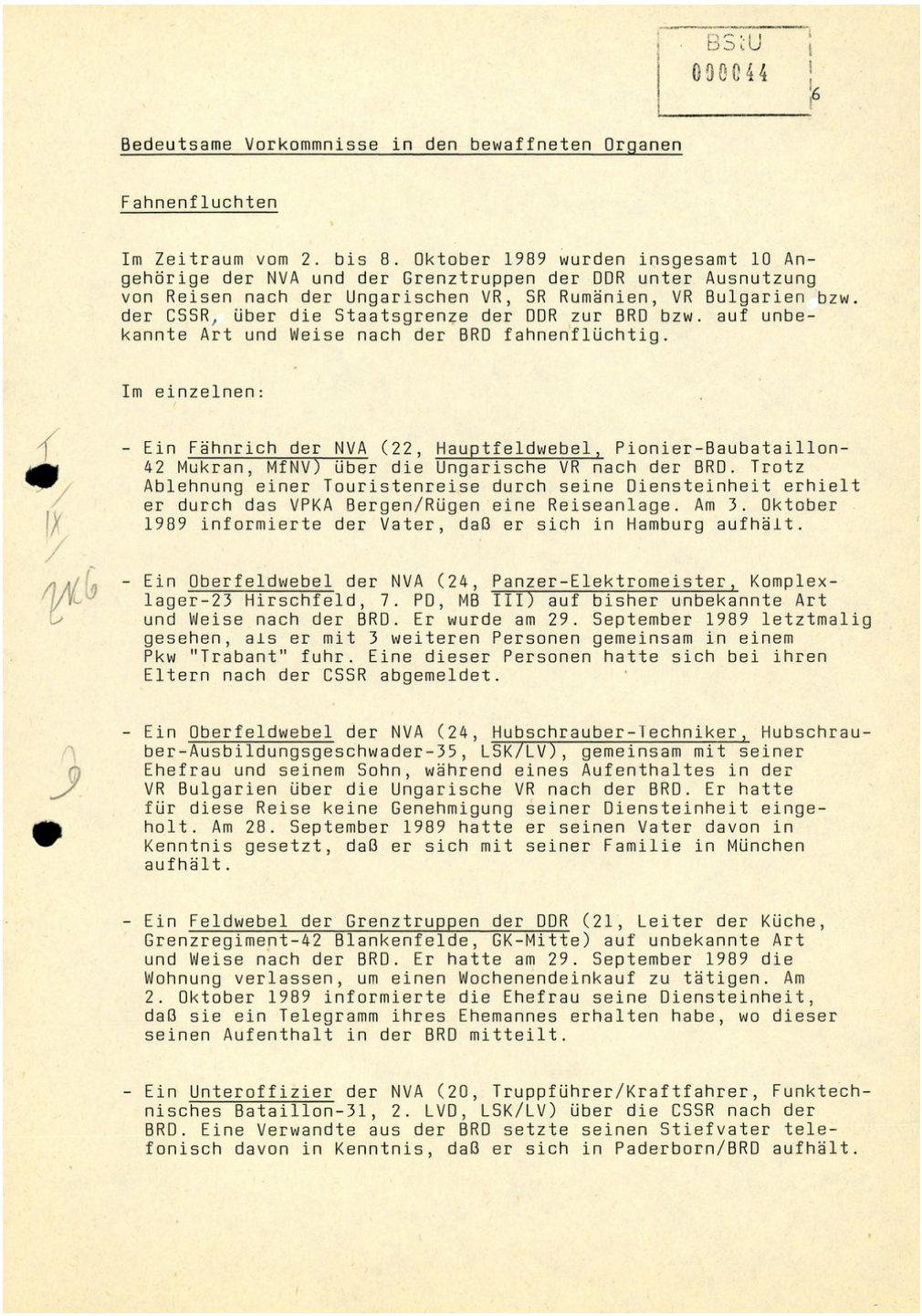
- 8. Oktober 1989, Zusammenrottung von ca. 20 Personen vor der Gaststätte in Großröhrsdorf/Bischofswerda nach einer Tanzveranstaltung (Absingen der Internationale, Rufe: "Gorbi, Gorbi")

In allen Fällen mußten zur Beendigung der jeweiligen Aktivität Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden.

Außerdem wird auf folgende von Westberliner Gebiet ausgegangene Aktivität verwiesen:

Am 7. Oktober 1989 wurden in den Stadtbezirken Berlin-Mitte, Berlin-Friedrichshain und Berlin-Treptow Hetzblätter (bisher 55 Exemplare) aufgefunden, die an Luftballons befestigt waren. Sie stehen zweifelsfrei im Zusammenhang mit einer von Westberlin aus erfolgten Ballonaktion. Bisher wurde der Einflug von ca. 3000 derartiger Ballons in den Luftraum über der Hauptstadt der DDR festgestellt. Die Hetzblätter (A 6) tragen die Überschrift "Neues Deutschland News 7. Oktober 1989 - 40 Jahre DDR - Die SED hat versagt". Im auf Vorder- und Rückseite enthaltenen Text werden Bezüge zu den Ereignissen der Botschaftsbesetzungen in Prag und des 17. Juni 1953 hergestellt und die Politik der SED diffamiert.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000044
6

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen

Fahnenfluchten

Im Zeitraum vom 2. bis 8. Oktober 1989 wurden insgesamt 10 Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR unter Ausnutzung von Reisen nach der Ungarischen VR, SR Rumänien, VR Bulgarien bzw. der CSSR, über die Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. auf unbekannte Art und Weise nach der BRD fahnenflüchtig.

Im einzelnen:

- Ein Fähnrich der NVA (22, Hauptfeldwebel, Pionier-Baubataillon-42 Mukran, MfNV) über die Ungarische VR nach der BRD. Trotz Ablehnung einer Touristenreise durch seine Diensteinheit erhielt er durch das VPKA Bergen/Rügen eine Reiseanlage. Am 3. Oktober 1989 informierte der Vater, daß er sich in Hamburg aufhält.

- Ein Oberfeldwebel der NVA (24, Panzer-Elektromeister, Komplexlager-23 Hirschfeld, 7. PD, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er wurde am 29. September 1989 letztmalig gesehen, als er mit 3 weiteren Personen gemeinsam in einem Pkw "Trabant" fuhr. Eine dieser Personen hatte sich bei ihren Eltern nach der CSSR abgemeldet.

- Ein Oberfeldwebel der NVA (24, Hubschrauber-Techniker, Hubschrauber-Ausbildungsgeschwader-35, LSK/LV), gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem Sohn, während eines Aufenthaltes in der VR Bulgarien über die Ungarische VR nach der BRD. Er hatte für diese Reise keine Genehmigung seiner Diensteinheit eingeholt. Am 28. September 1989 hatte er seinen Vater davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich mit seiner Familie in München aufhält.

- Ein Feldwebel der Grenztruppen der DDR (21, Leiter der Küche, Grenzregiment-42 Blankenfelde, GK-Mitte) auf unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er hatte am 29. September 1989 die Wohnung verlassen, um einen Wochenendeinkauf zu tätigen. Am 2. Oktober 1989 informierte die Ehefrau seine Diensteinheit, daß sie ein Telegramm ihres Ehemannes erhalten habe, wo dieser seinen Aufenthalt in der BRD mitteilt.

- Ein Unteroffizier der NVA (20, Truppführer/Kraftfahrer, Funktechnisches Bataillon-31, 2. LVD, LSK/LV) über die CSSR nach der BRD. Eine Verwandte aus der BRD setzte seinen Stiefvater telefonisch davon in Kenntnis, daß er sich in Paderborn/BRD aufhält.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 44

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000045

- Ein Unteroffiziersschüler der NVA (19, Med.-Kompanie-14, Ausbildungszentrum-17, 11. MSD, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er hatte während des Urlaubes am 1. Oktober 1989 die elterliche Wohnung verlassen und informierte am 3. Oktober 1989 seine Eltern telefonisch von seinem Aufenthalt in der BRD.

- Ein Gefreiter der Reserve der NVA (28, 5. Batterie, Artillerieregiment-1 Lehnitz, 1. MSD, MB V) gemeinsam mit seiner Ehefrau und zwei Kindern, während eines Aufenthaltes in der Ungarischen VR nach der BRD.

- Ein Soldat der NVA (28, Panzerregiment-11 Sondershausen, 11. MSD, MB III; z. Z. Arbeitskommando im VEB Chemische Werke Buna) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er war am 16. September 1989 nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt. Am 27. September 1989 erhielt ein mit ihm befreundeter Soldat eine Postkarte, in der er mitteilte, daß er sich in Bayern aufhält.

- Ein Soldat der NVA (23, Kanonier, Mot.-Schützenregiment-17 Halle, 11. MSD, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er war am 21. September 1989 nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt und informierte am 3. Oktober 1989 eine Bekannte seines Vaters telefonisch über seinen Aufenthalt in Bayreuth/BRD.

- Ein Soldat der Grenztruppen der DDR (24, Posten, 5. Grenzkompanie Utecht, GKK-101 Grevesmühlen, GBK-1) während des Grenzdienstes, vermutlich mit einer MPi und Munition, nach Überwinden des Grenzzaunes 1, nach der BRD. Zuvor hatte er seinen Postenführer niedergeschlagen.

(Seit dem 1. Januar bis 8. Oktober 1989 wurden insgesamt 55 (15)* Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland fahnenflüchtig, davon 37 (67,3 %) seit August 1989 über die Ungarische VR, andere sozialistische Staaten bzw. auf unbekannte Art und Weise.

Insgesamt befanden sich unter den 37 Fahnenflüchtigen

7 Offiziere (darunter ein Diplommediziner, 2 Zahnärzte, ein Trainer)
1 Offiziersschüler
1 Fähnrich
19 Unteroffiziere
1 Unteroffiziersschüler
8 Soldaten.)

* Zahlenangaben betreffen Vorjahreszeitraum 1. Januar bis 8. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000046
8

Verhinderte Fahnenfluchten von Angehörigen der NVA

Im Berichtszeitraum konnten insgesamt 12 beabsichtigte Fahnenfluchten durch Festnahmen der Täter verhindert werden.

Bei den Tätern handelt es sich um

- einen Major (40, Zugführer, Eisenbahnpionier-Ausbildungsregiment, MfNV) beim Versuch, im Raum Benneckenstein die Grenzsicherungsanlagen nach der BRD zu überwinden.

- einen Leutnant (24, Leiter Medizinischer Dienst, Pionierbataillon-9 Karpin, 9. PD, MB V) durch Festnahme an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau, beim Versuch, gemeinsam mit seiner Ehefrau, seinem Kind und seinem Schwager in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen.

- einen Unterfeldwebel (22, Hauptfeldwebel, Straßenbauregiment Neuseddin, MfNV), der gemeinsam mit drei weiteren Personen versuchte, im Raum Olbernhau die Staatsgrenze zur CSSR ungesetzlich zu überschreiten, um in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen.

- einen Unteroffizier (20, Gruppenführer, MSR-9 Drögeheide, 9. PD, MB V; z. Z. Arbeitskommando Reifenwerk Fürstenwalde), der gemeinsam mit seiner Freundin in einem Pkw eines polnischen Bürgers bis zum Autobahnzubringer mitgefahren war und beabsichtigte, mit der Deutschen Reichsbahn von Berlin aus über Prag und Budapest nach der BRD zu gelangen.

- einen Unteroffizier (20, Kampfhubschraubergeschwader-3, MB III), der gemeinsam mit einer weiteren Person beabsichtigte, die Staatsgrenze nach der CSSR ungesetzlich zu überschreiten, um nach der BRD fahnenflüchtig zu werden.

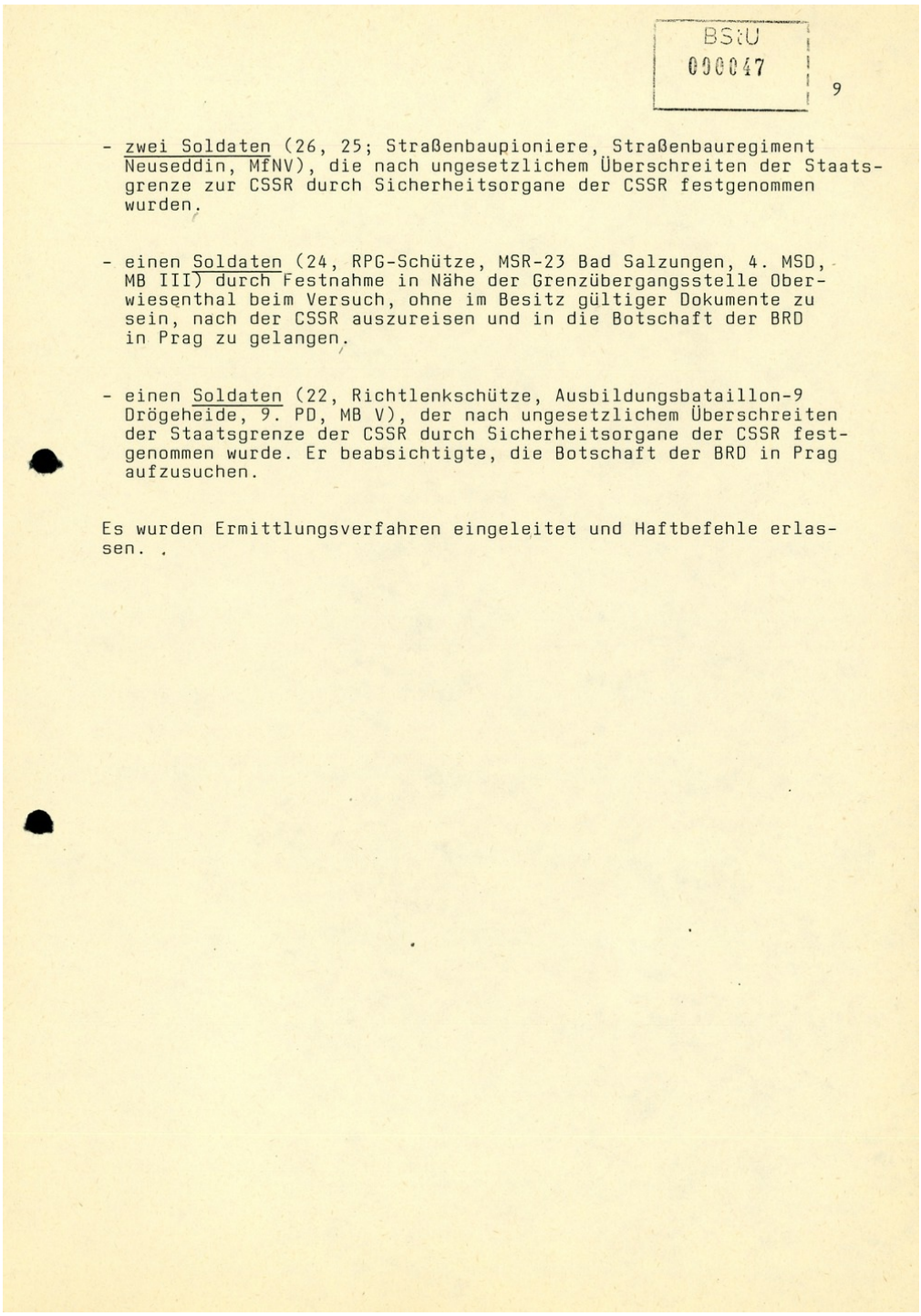
- einen Unteroffizier (Gruppenführer, Panzerregiment-11, 11. MSD, MB III) beim Versuch, in das Objekt der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR einzudringen und seine Ausreise nach der BRD zu erzwingen.

- einen Stabsgefreiten (26, Sendewart, WBK Potsdam) beim Versuch, die Staatsgrenze CSSR/Ungarische VR rechtswidrig zu passieren.

- einen Gefreiten (18, Schützenpanzerfahrer, MSR-7 Marienberg, 7. PD, MB III), der bei seiner Festnahme im Gelände des Flughafens Schönefeld seinen Urlaubsschein zerriß und die Absicht äußerte, nicht zur Einheit zurückkehren zu wollen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000047

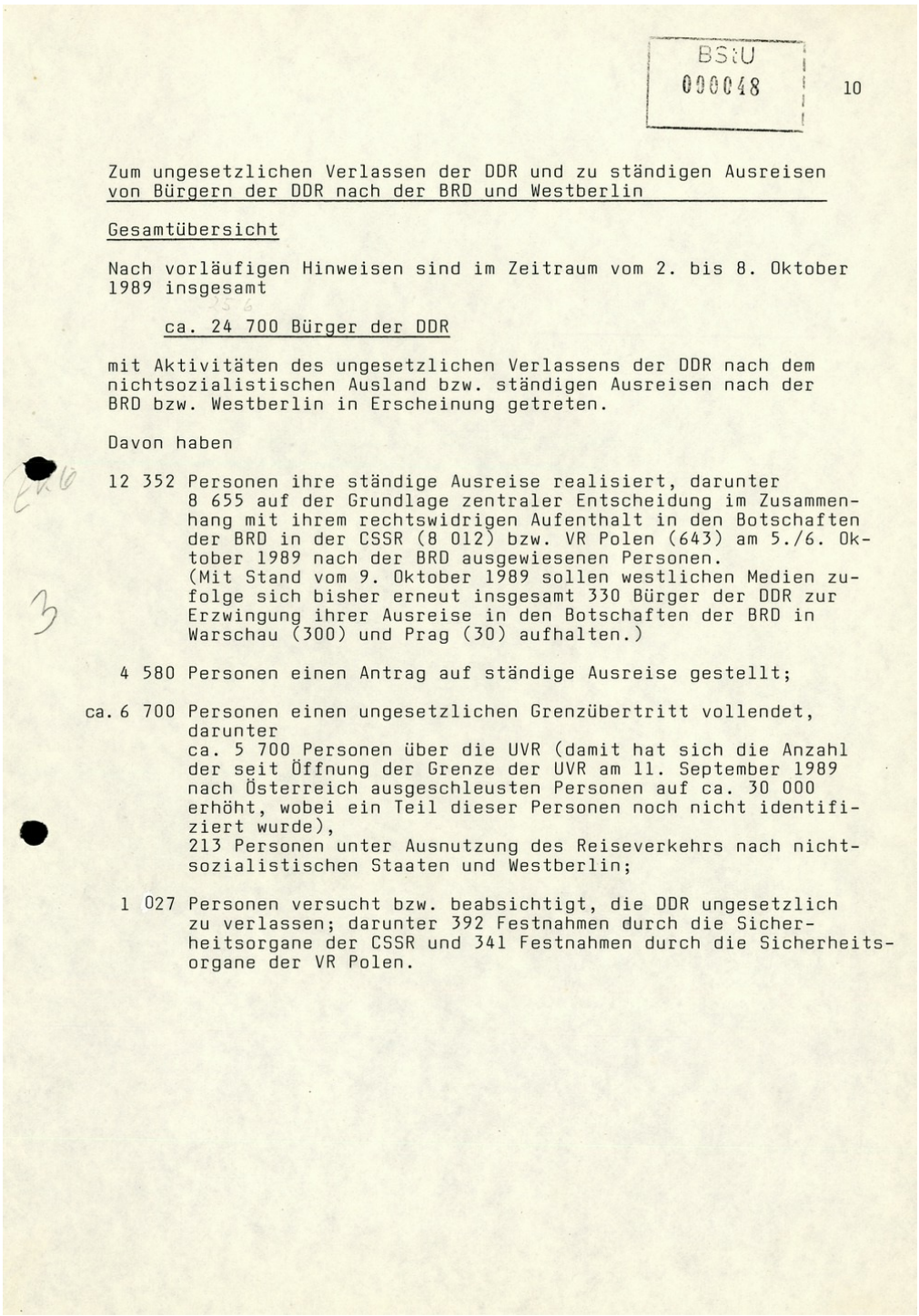
- zwei Soldaten (26, 25; Straßenbaupioniere, Straßenbauregiment Neuseddin, MfNV), die nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze zur CSSR durch Sicherheitsorgane der CSSR festgenommen wurden.

- einen Soldaten (24, RPG-Schütze, MSR-23 Bad Salzungen, 4. MSD, MB III) durch Festnahme in Nähe der Grenzübergangsstelle Oberwiesenthal beim Versuch, ohne im Besitz gültiger Dokumente zu sein, nach der CSSR auszureisen und in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen.

- einen Soldaten (22, Richtlenkschütze, Ausbildungsbataillon-9 Drögeheide, 9. PD, MB V), der nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze der CSSR durch Sicherheitsorgane der CSSR festgenommen wurde. Er beabsichtigte, die Botschaft der BRD in Prag aufzusuchen.

Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000048

10

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 2. bis 8. Oktober 1989 insgesamt

ca. 24 700 Bürger der DDR

mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland bzw. ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten.

Davon haben

12 352 Personen ihre ständige Ausreise realisiert, darunter
8 655 auf der Grundlage zentraler Entscheidung im Zusammenhang mit ihrem rechtswidrigen Aufenthalt in den Botschaften der BRD in der CSSR (8 012) bzw. VR Polen (643) am 5./6. Oktober 1989 nach der BRD ausgewiesenen Personen.
(Mit Stand vom 9. Oktober 1989 sollen westlichen Medien zufolge sich bisher erneut insgesamt 330 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer Ausreise in den Botschaften der BRD in Warschau (300) und Prag (30) aufhalten.)

4 580 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;

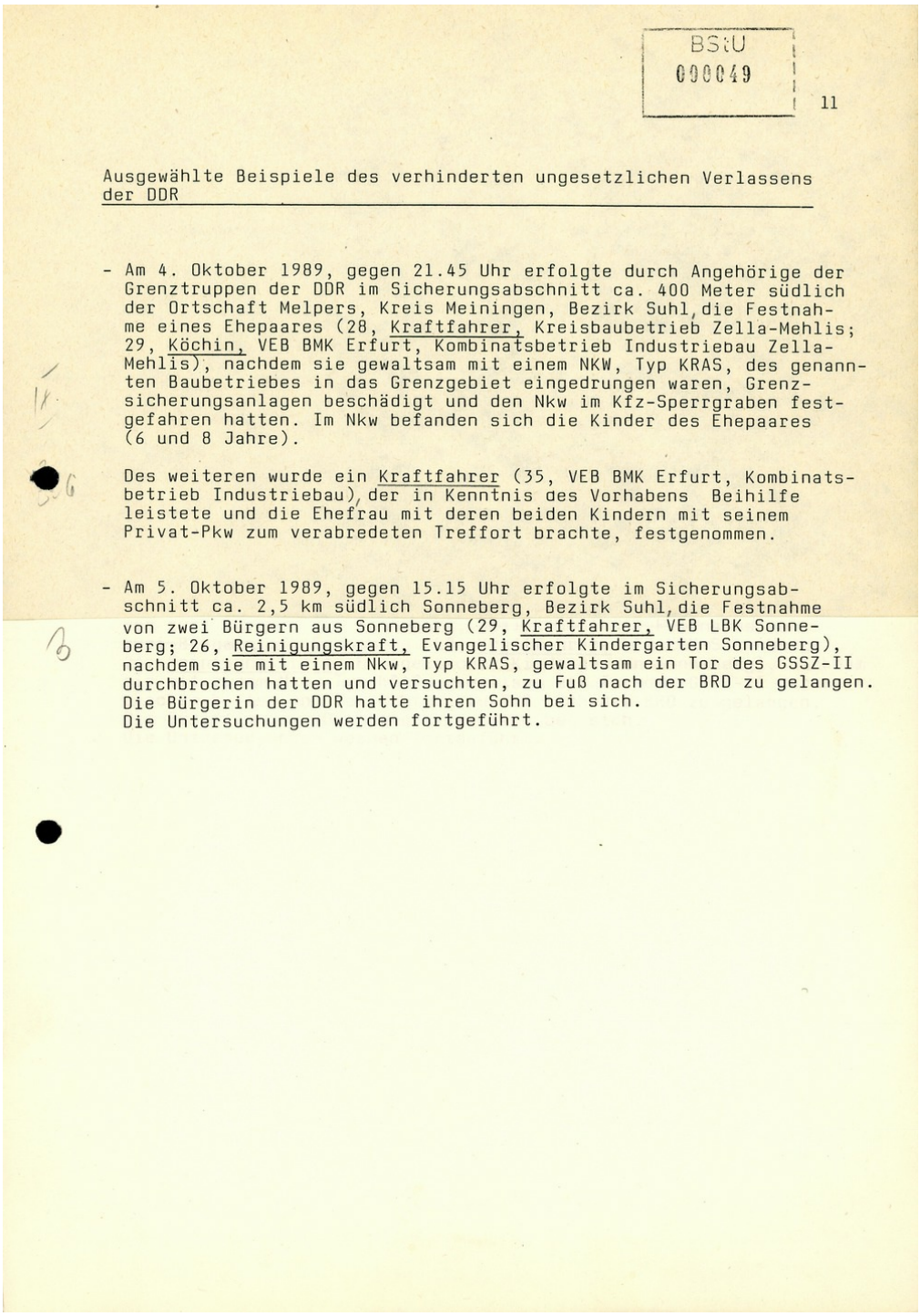
ca. 6 700 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter
ca. 5 700 Personen über die UVR (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der UVR am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Personen auf ca. 30 000 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde),
213 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;

1 027 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen; darunter 392 Festnahmen durch die Sicherheitsorgane der CSSR und 341 Festnahmen durch die Sicherheitsorgane der VR Polen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 48

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000049

Ausgewählte Beispiele des verhinderten ungesetzlichen Verlassens der DDR

- Am 4. Oktober 1989, gegen 21.45 Uhr erfolgte durch Angehörige der Grenztruppen der DDR im Sicherungsabschnitt ca. 400 Meter südlich der Ortschaft Melpers, Kreis Meiningen, Bezirk Suhl, die Festnahme eines Ehepaares (28, Kraftfahrer, Kreisbaubetrieb Zella-Mehlis; 29, Köchin, VEB BMK Erfurt, Kombinatsbetrieb Industriebau Zella-Mehlis), nachdem sie gewaltsam mit einem NKW, Typ KRAS, des genannten Baubetriebes in das Grenzgebiet eingedrungen waren, Grenzsicherungsanlagen beschädigt und den Nkw im Kfz-Sperrgraben festgefahren hatten. Im Nkw befanden sich die Kinder des Ehepaares (6 und 8 Jahre).

  Des weiteren wurde ein Kraftfahrer (35, VEB BMK Erfurt, Kombinatsbetrieb Industriebau), der in Kenntnis des Vorhabens Beihilfe leistete und die Ehefrau mit deren beiden Kindern mit seinem Privat-Pkw zum verabredeten Treffort brachte, festgenommen.

- Am 5. Oktober 1989, gegen 15.15 Uhr erfolgte im Sicherungsabschnitt ca. 2,5 km südlich Sonneberg, Bezirk Suhl, die Festnahme von zwei Bürgern aus Sonneberg (29, Kraftfahrer, VEB LBK Sonneberg; 26, Reinigungskraft, Evangelischer Kindergarten Sonneberg), nachdem sie mit einem Nkw, Typ KRAS, gewaltsam ein Tor des GSSZ-II durchbrochen hatten und versuchten, zu Fuß nach der BRD zu gelangen. Die Bürgerin der DDR hatte ihren Sohn bei sich. Die Untersuchungen werden fortgeführt.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000050 12

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 2. bis 8. Oktober 1989 konnten bisher 2 353 (Vorwoche 2 507) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

2 055 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 2 041 über die UVR,

191 Personen unter Mißbrauch von Privatreisen nach der BRD (152) bzw. Westberlin (33) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (6);

78 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;

16 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 7 Jugendtouristenreisen nach der BRD (4), Österreich, Großbritannien und Dänemark (je eine);

7 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD;

6 Personen unter Mißbrauch von Dienstreisen nach der BRD (3), Mexiko (2) und Österreich (eine).

Unter den Tätern befinden sich nach vorläufigen Erkenntnissen:

29 Ärzte, darunter 11 Zahnärzte
3 Direktoren
49 Diplomingenieure/Ingenieure
22 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer
4 Diplomphysiker
4 Diplomökonomen
6 Bauleiter/Projektanten
6 Technologen/Konstrukteure
2 wissenschaftliche Mitarbeiter
78 Krankenschwestern/med.-techn. Assistentinnen/ Krippenerzieherinnen
33 Studenten

sowie je ein(e) Diplommathematiker, Diplomkristallograf, Diplomtheologe, Schauspielerin, Betriebsleiter und Oberleutnant der Kriminalpolizei.

Unter diesen Bürgern befinden sich 22 promovierte Personen und 17 Mitglieder der SED.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 50

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000051 13

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 17 Ärzte, darunter 7 Zahnärzte, u. a.:

Ein Arztehepaar (47, Oberarzt; 37, Fachärztin für Kinderchirurgie; beide Klinikum Berlin-Buch, Klinik für Kinderchirurgie);

ein Arztehepaar (46, Gynäkologe; 46, Kinderärztin; beide Kreiskrankenhaus Schönebeck, Poliklinik).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Ein Doktor der Physik (40, Inbetriebsetzungsingenieur, VEB Bergmann-Borsig, Einsatzort Großbaustelle der DSF, KKW-Nord);

ein Fachschullehrer (41, Dr., Hochschule für Maschinenbau und Elektronik Berlin);

ein Ehepaar (39, Diplomsportlehrer, Trainer, Deutscher Radsportverband der DDR, SED; 37, Verwaltungsangestellte, Feierabendheim Berlin-Marzahn) mit 3 Kindern (14, 15, 18);

ein Assistent (35, Dr., Hochschule für Ökonomie, Sektion Marxismus-Leninismus, SED);

ein Oberleutnant der K (46, VPI Berlin-Marzahn, SED) mit Ehefrau (45, Betreuerin, Zentrale Feierabendverwaltung Berlin-Friedrichshain) und Sohn (19, Kellner);

ein Ingenieur (45, VEB Elektroapparatebau Bannewitz, Betrieb der speziellen Produktion - LVO).

Mißbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland:

- 7 Ärzte, darunter 2 Zahnärzte, u. a.:

Ein Ärztlicher Direktor (48, Bezirksnervenklinik Uchtspringe/Magdeburg, SED).

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000052

- Weitere beachtenswerte Personen, u.a.:

Ein Diplomphysiker (36, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Institut für Kernanlagenüberwachung);

ein Diplomtheologe (33, Pfarrer, Pfarramt Mattstedt/Apolda).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 8. Oktober 1989 haben bisher 8 712 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 052 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 179 Ärzte, 70 Zahnärzte, 204 Lehrer und 121 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 363 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 483 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 158 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Mißbrauch von Touristenreisen, u. a.:

Nach der SFR Jugoslawien:

Ein Ehepaar (41, Zahnärztin, Fachkrankenhaus Berlin, Herzbergstraße; 42, Diplomingenieur; Bauakademie der DDR, Institut für Technologie und Mechanisierung);

ein Ehepaar (47, Facharzt für Gynäkologie, Rat des Bezirkes Leipzig; 45, medizinisch-technische Assistentin, KMU Leipzig, Hautklinik);

ein Sprechredakteur (32, Staatliches Komitee für Rundfunk, Sender Dresden) unter Ausnutzung einer Jugendtouristenreise.

Mißbrauch von Dienstreisen, u. a.:

Eine Institutsdirektorin (54, Prof. Dr., Med. Akademie Dresden, Institut für allgemeine Hygiene, SED) nach Österreich.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 52

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000053

15

Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a:

Ein Ehepaar (35, Ärztin, Bergarbeitersanatorium Warmbad/Gehringswalde; 43, Betriebsleiter, VEB Schraubenfabrik Karl-Marx-Stadt, Betriebsteil Schönbrunn) mit 2 Kindern (5 und 9) nach der BRD.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Ursachen, Motive und begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Rückgewinnungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000054 16

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft

In der Zeit vom 2. bis 8. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR und des Verkehrswesens insgesamt sechs bedeutsame Vorkommnisse (davon vier geklärt). Aus zurückliegenden Berichtszeiträumen wurden zwei Vorkommnisse geklärt.

Im einzelnen:

- Am 2. Oktober 1989, gegen 14.05 Uhr, gerieten in der LPG (P) Zernitz/Kyritz/Potsdam fünf Kartoffelmieten in Brand, wodurch insgesamt 1 400 t Saat-, Futter- bzw. Speisekartoffeln vernichtet wurden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 315 000,- Mark (nach Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

  Wie die Untersuchungen ergaben, wurde mit einem Traktor (Typ "RS 09") mit Hänger Stroh zum Abdecken der Mieten angefahren. Während des Abladevorganges entzündete sich das Stroh an der defekten Abgasanlage des Traktors (Riß am rechten Zyklon). Begünstigt durch starke Windeinwirkung konnte sich der Brand auf weitere vier Kartoffelmieten ausdehnen.

  Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

- Die Aufklärung der Ursache des Brandes einer Gerstenstrohmiete der LPG (T) Brietzig/Pasewalk/Neubrandenburg am 5. Oktober 1989 (Totalschaden; Schaden ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR ca. 100 TM) ergab, daß ein Defekt an der Abgasanlage eines Kranes T 157, wodurch bei Beladearbeiten Funkenflug entstand, zur Brandentstehung führte.

  Die weitere Bearbeitung erfolgt - insbesondere zur Klärung möglicher Pflichtverletzungen - durch die DVP.

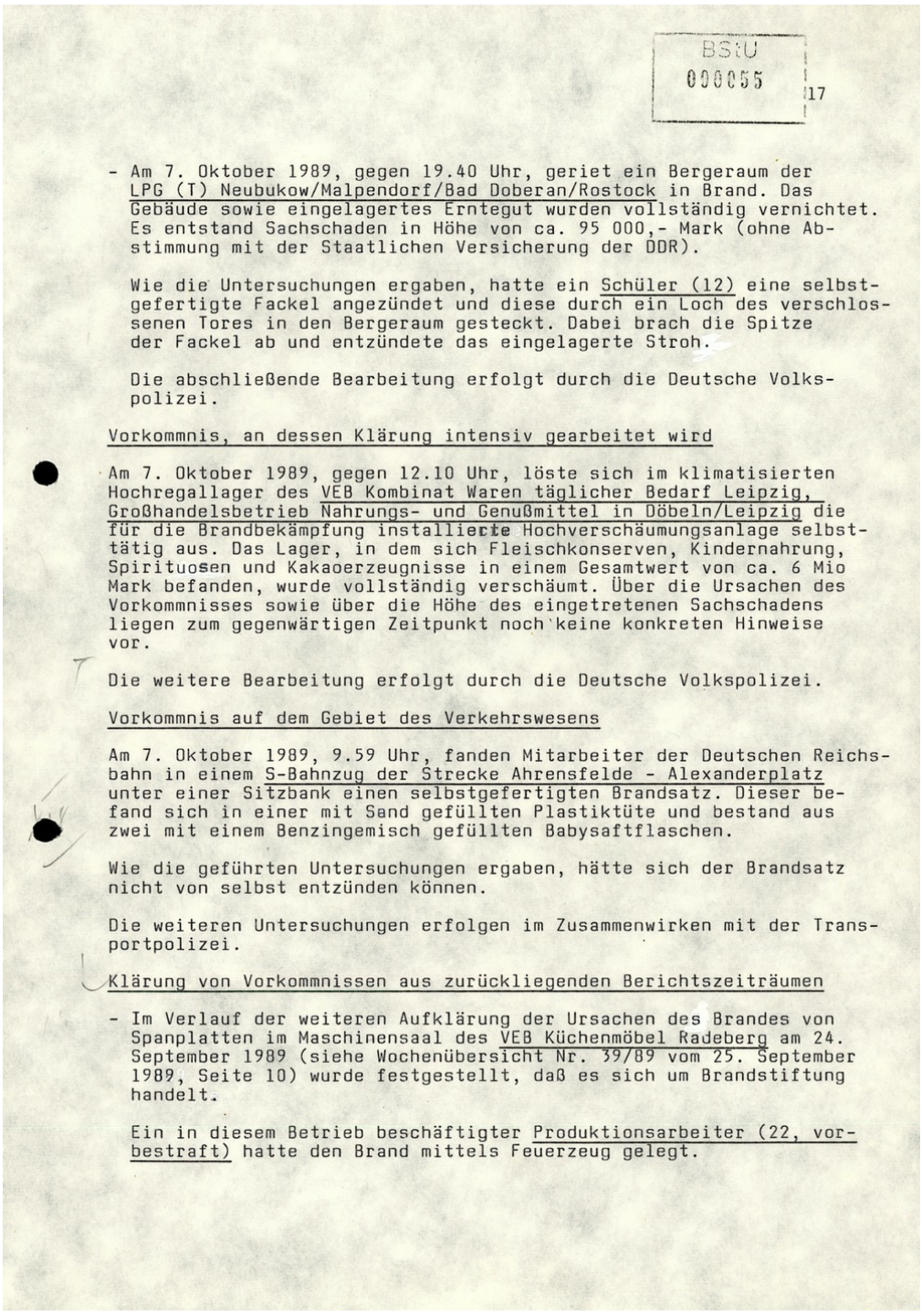
- Am 7. Oktober 1989, gegen 10.35 Uhr, kam es zum Brand einer Scheune der LPG (T) Bornum in Straguth, OT Badewitz/Zerbst/Magdeburg, wodurch das Gebäude sowie eingelagertes Erntegut und Baumaterialien vernichtet wurden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 200 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

  Im Ergebnis der Untersuchungen wurde festgestellt, daß sich ein Genossenschaftsbauer (19, Abschluß Sonderschule) in die Scheune begeben hatte, um Stroh für seine individuelle Tierhaltung zu entwenden. Dabei hatte er geraucht und den noch glimmenden Zigarettenrest unachtsam auf den Boden der Scheune geworfen, wodurch es in der Folge zum Brandausbruch kam.

  Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gemäß §§ 158 und 188 StGB - Diebstahl sozialistischen Eigentums und Fahrlässige Verursachung eines Brandes. Es erging Haftbefehl.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000055

17

- Am 7. Oktober 1989, gegen 19.40 Uhr, geriet ein Bergeraum der LPG (T) Neubukow/Malpendorf/Bad Doberan/Rostock in Brand. Das Gebäude sowie eingelagertes Erntegut wurden vollständig vernichtet. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 95 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

  Wie die Untersuchungen ergaben, hatte ein Schüler (12) eine selbstgefertigte Fackel angezündet und diese durch ein Loch des verschlossenen Tores in den Bergeraum gesteckt. Dabei brach die Spitze der Fackel ab und entzündete das eingelagerte Stroh.

  Die abschließende Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Vorkommnis, an dessen Klärung intensiv gearbeitet wird

Am 7. Oktober 1989, gegen 12.10 Uhr, löste sich im klimatisierten Hochregallager des VEB Kombinat Waren täglicher Bedarf Leipzig, Großhandelsbetrieb Nahrungs- und Genußmittel in Döbeln/Leipzig die für die Brandbekämpfung installierte Hochverschäumungsanlage selbsttätig aus. Das Lager, in dem sich Fleischkonserven, Kindernahrung, Spirituosen und Kakaoerzeugnisse in einem Gesamtwert von ca. 6 Mio Mark befanden, wurde vollständig verschäumt. Über die Ursachen des Vorkommnisses sowie über die Höhe des eingetretenen Sachschadens liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine konkreten Hinweise vor.

Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Vorkommnis auf dem Gebiet des Verkehrswesens

Am 7. Oktober 1989, 9.59 Uhr, fanden Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn in einem S-Bahnzug der Strecke Ahrensfelde - Alexanderplatz unter einer Sitzbank einen selbstgefertigten Brandsatz. Dieser befand sich in einer mit Sand gefüllten Plastiktüte und bestand aus zwei mit einem Benzingemisch gefüllten Babysaftflaschen.

Wie die geführten Untersuchungen ergaben, hätte sich der Brandsatz nicht von selbst entzünden können.

Die weiteren Untersuchungen erfolgen im Zusammenwirken mit der Transportpolizei.

Klärung von Vorkommnissen aus zurückliegenden Berichtszeiträumen

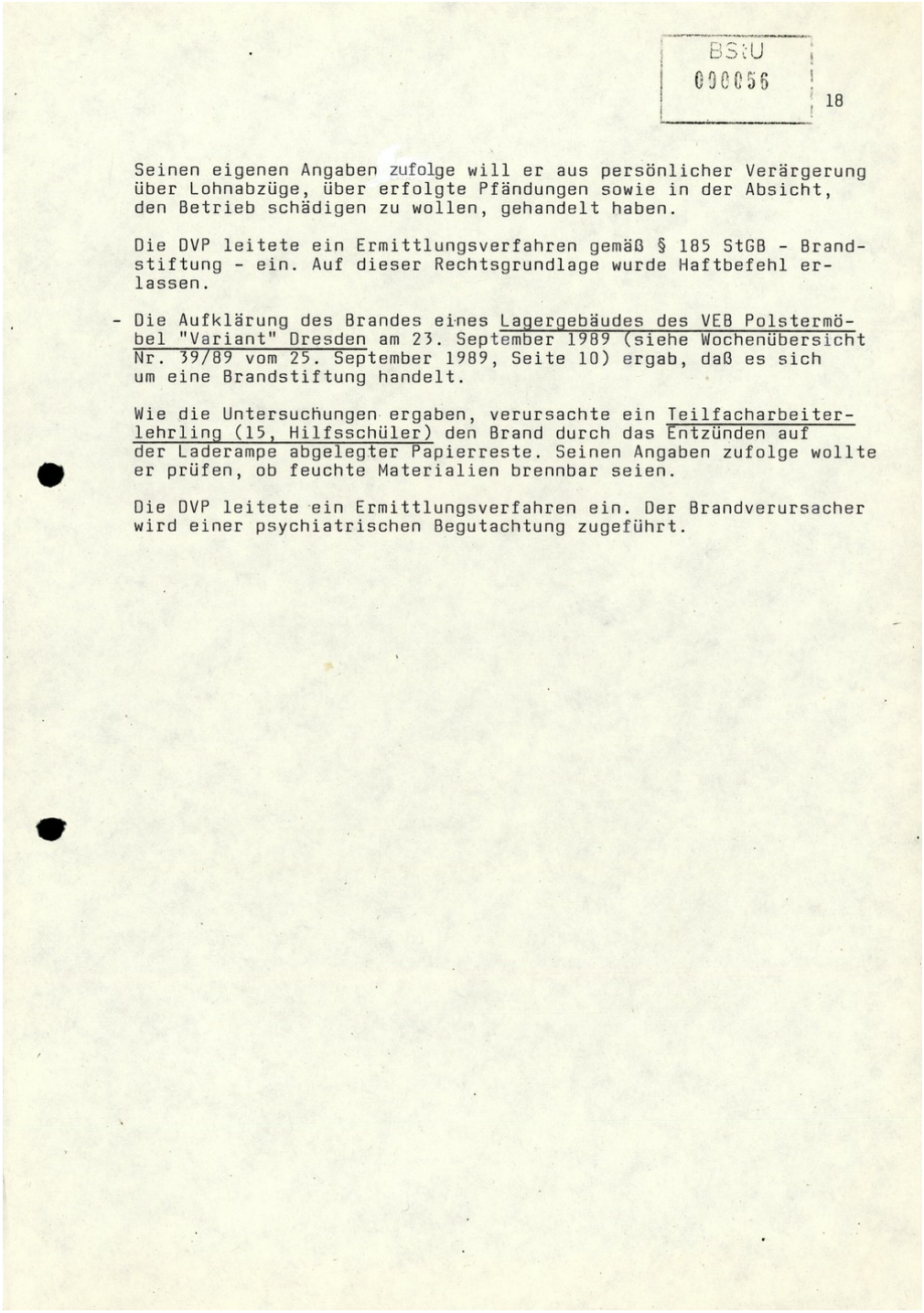
- Im Verlauf der weiteren Aufklärung der Ursachen des Brandes von Spanplatten im Maschinensaal des VEB Küchenmöbel Radeberg am 24. September 1989 (siehe Wochenübersicht Nr. 39/89 vom 25. September 1989, Seite 10) wurde festgestellt, daß es sich um Brandstiftung handelt.

  Ein in diesem Betrieb beschäftigter Produktionsarbeiter (22, vorbestraft) hatte den Brand mittels Feuerzeug gelegt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 55

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000056

Seinen eigenen Angaben zufolge will er aus persönlicher Verärgerung über Lohnabzüge, über erfolgte Pfändungen sowie in der Absicht, den Betrieb schädigen zu wollen, gehandelt haben.

Die DVP leitete ein Ermittlungsverfahren gemäß § 185 StGB - Brandstiftung - ein. Auf dieser Rechtsgrundlage wurde Haftbefehl erlassen.

- Die Aufklärung des Brandes eines Lagergebäudes des VEB Polstermöbel "Variant" Dresden am 23. September 1989 (siehe Wochenübersicht Nr. 39/89 vom 25. September 1989, Seite 10) ergab, daß es sich um eine Brandstiftung handelt.

Wie die Untersuchungen ergaben, verursachte ein Teilfacharbeiterlehrling (15, Hilfsschüler) den Brand durch das Entzünden auf der Laderampe abgelegter Papierreste. Seinen Angaben zufolge wollte er prüfen, ob feuchte Materialien brennbar seien.

Die DVP leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Der Brandverursacher wird einer psychiatrischen Begutachtung zugeführt.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

ANLAGE 1

9. Oktober 1989

BStU
000057

HINWEIS
zur hydrologischen Situation im Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen
des VE Mansfeld Kombinates Eisleben/Halle

In den Abbaufeldern des Thomas-Müntzer-Schachtes Sangerhausen traten in jüngster Vergangenheit erhebliche Wasserzuflüsse ein, die den Kupferbergbau behindern.

Im Westfeld des Thomas-Müntzer-Schachtes führte ein Ansteigen des Wasserzuflusses zu der Entscheidung, das Abbaufeld aufzugeben und überfluten zu lassen.

Aus dieser Situation heraus wurde die konzeptionelle Strategie entwickelt, den Thomas-Müntzer-Schacht im Jahre 1993 stillzulegen. Die Probleme waren mehrfach Gegenstand von Beratungen im Ministerrat der DDR, und es wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Entwicklung des Kupferbergbaues bestatigt. Ab Juli 1989 verschärfte sich die hydrologische Situation, da sich neben den Wasserzuflüssen im Westfeld die Zuflüsse im Ostfeld mit einer enormen Mengenzunahme von 100 Liter pro Minute (Juli 1989) auf 13,5 m³ pro Minute am 3. Oktober 1989 erhöhten. (Das Ostfeld liegt territorial im Einzugsgebiet der kleinen Flüsse Gonna und Thyra.)

Während für das Westfeld als Ursache für die Wassereinbrüche der Talsperrenbereich Kelbra in Frage kommt, ist die Herkunft des Wasserzuflusses im Ostfeld noch nicht klar definiert. Als Hypothese wird nicht ausgeschlossen, daß im Gebirge über den Abbauen Verbindungen zu dem Wasserreservoir, das das Westfeld belastet habe, bestehen können.

Nach Einschätzung des Generaldirektors des Kombinates wird im Thomas-Müntzer-Schacht so gearbeitet, daß keine Gefährdung für die Bergleute besteht.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000058

Da der Wasserzulauf von 13,5 m³ pro Minute die Ableitungsmöglichkeiten von 15 m³ pro Minute fast erreicht, bleiben als Reserve nur noch unterirdisch verfügbare Stauräume. Aus diesem Grund wurde vom Generaldirektor entschieden, ab 8. Oktober 1989 die Produktion auch im Ostfeld einzustellen und die Arbeitskräfte an anderen Arbeitsplätzen des Schachtes einzusetzen.

Unter Beachtung der Sicherheitsbestimmungen im Bergbau wird im Ostfeld noch an einer Materialrückgewinnung gearbeitet. Diese Möglichkeit ist jedoch abhängig von der sich entwickelnden Wasserzufluß-situation.

Für den 15. Oktober 1989 wird das Schließen der Dammtore vorbereitet, was zu einer Stillegung und Flutung des Ostfeldes führt.
Mit der Einstellung des Abbaues im Ostfeld können täglich 4 Tonnen Kupfer nicht mehr gewonnen werden.
Es wird daran gearbeitet, durch entsprechende Maßnahmen in anderen Förderbereichen des Schachtes den Produktionsverlust zu minimieren.

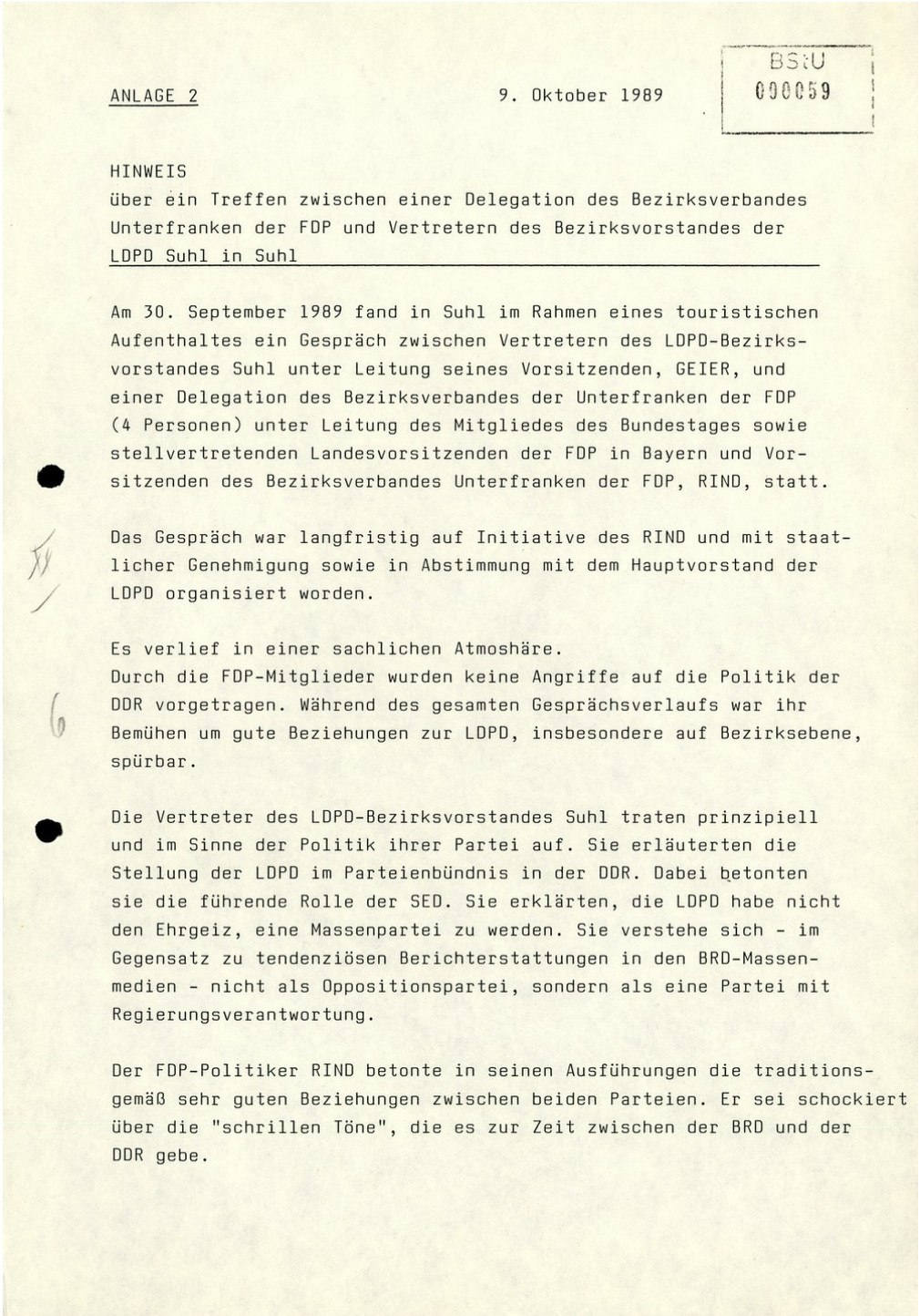
Verantwortliche Leiter des Kombinates schätzen ein, daß nach Schließen des Ostfeldes ein Wasserzufluß an anderen Orten des Thomas-Müntzer-Schachtes nicht ausgeschlossen werden kann. Sollte diese Situation eintreten, wäre die Entscheidung, den Thomas-Müntzer-Schacht vor 1993 stillzulegen, vorzubereiten.

Zur gegenwärtigen Situation im Thomas-Müntzer-Schacht sind keine negativen Diskussionen unter den Werktätigen bekannt.

Seit dem 2. Oktober 1989 arbeitet ein Konsultationsbüro zur Arbeitskräfteumsetzung innerhalb des Kombinates. Die Einrichtung dieses Büros wurde von den Beschäftigten begrüßt.

Alle Maßnahmen werden durch die zuständigen Diensteinheiten des MfS unter operativer Kontrolle gehalten.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000059

ANLAGE 2 9. Oktober 1989

HINWEIS
über ein Treffen zwischen einer Delegation des Bezirksverbandes Unterfranken der FDP und Vertretern des Bezirksvorstandes der LDPD Suhl in Suhl

Am 30. September 1989 fand in Suhl im Rahmen eines touristischen Aufenthaltes ein Gespräch zwischen Vertretern des LDPD-Bezirksvorstandes Suhl unter Leitung seines Vorsitzenden, GEIER, und einer Delegation des Bezirksverbandes der Unterfranken der FDP (4 Personen) unter Leitung des Mitgliedes des Bundestages sowie stellvertretenden Landesvorsitzenden der FDP in Bayern und Vorsitzenden des Bezirksverbandes Unterfranken der FDP, RIND, statt.

Das Gespräch war langfristig auf Initiative des RIND und mit staatlicher Genehmigung sowie in Abstimmung mit dem Hauptvorstand der LDPD organisiert worden.

Es verlief in einer sachlichen Atmoshäre.
Durch die FDP-Mitglieder wurden keine Angriffe auf die Politik der DDR vorgetragen. Während des gesamten Gesprächsverlaufs war ihr Bemühen um gute Beziehungen zur LDPD, insbesondere auf Bezirksebene, spürbar.

Die Vertreter des LDPD-Bezirksvorstandes Suhl traten prinzipiell und im Sinne der Politik ihrer Partei auf. Sie erläuterten die Stellung der LDPD im Parteienbündnis in der DDR. Dabei betonten sie die führende Rolle der SED. Sie erklärten, die LDPD habe nicht den Ehrgeiz, eine Massenpartei zu werden. Sie verstehe sich - im Gegensatz zu tendenziösen Berichterstattungen in den BRD-Massenmedien - nicht als Oppositionspartei, sondern als eine Partei mit Regierungsverantwortung.

Der FDP-Politiker RIND betonte in seinen Ausführungen die traditionsgemäß sehr guten Beziehungen zwischen beiden Parteien. Er sei schockiert über die "schrillen Töne", die es zur Zeit zwischen der BRD und der DDR gebe.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 59

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000060
2

Die FDP werde sich nicht, so versicherte RIND, der Konfrontationspolitik der CDU anschließen. In diesem Sinne wolle er auch seinen eigenen Beitrag zur Gestaltung guter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten leisten.

Die politische Rechtsentwicklung in der BRD bezeichnete RIND als große Gefahr.

In der sich anschließenden Diskussion war RIND bemüht, die von dem Delegationsmitglied SCHMALZL aufgeworfenen Fragen nach den Möglichkeiten der LDPD, die sich in diplomatischen Vertretungen der BRD aufhaltenden DDR-Bürger zu unterstützen, sowie nach der Haltung der LDPD zur sog. oppositionellen Sammlungsbewegung "Neues Forum" in ihrer Aussage abzuschwächen.
Er unterstrich, konsequent gegen jegliche Art von "Auswanderungen" durch DDR-Bürger auftreten zu wollen. Zum Problem der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern und ihrer "Flucht" über andere Länder müsse seiner Meinung nach eine prinzipielle Lösung gefunden werden. Darüber hinaus vertrat er den Standpunkt, daß in den DDR-Massenmedien ein öffentlicher Meinungsaustausch über die Hintergründe dafür geführt werden sollte.

In diesem Zusammenhang erwähnte er, die Entwicklung in der Welt gehe nicht an der DDR vorbei. Die FDP sei jedoch daran interessiert, daß in der DDR alles in geordneten Bahnen verlaufe; an chaotischen Zuständen sei sie nicht interessiert.

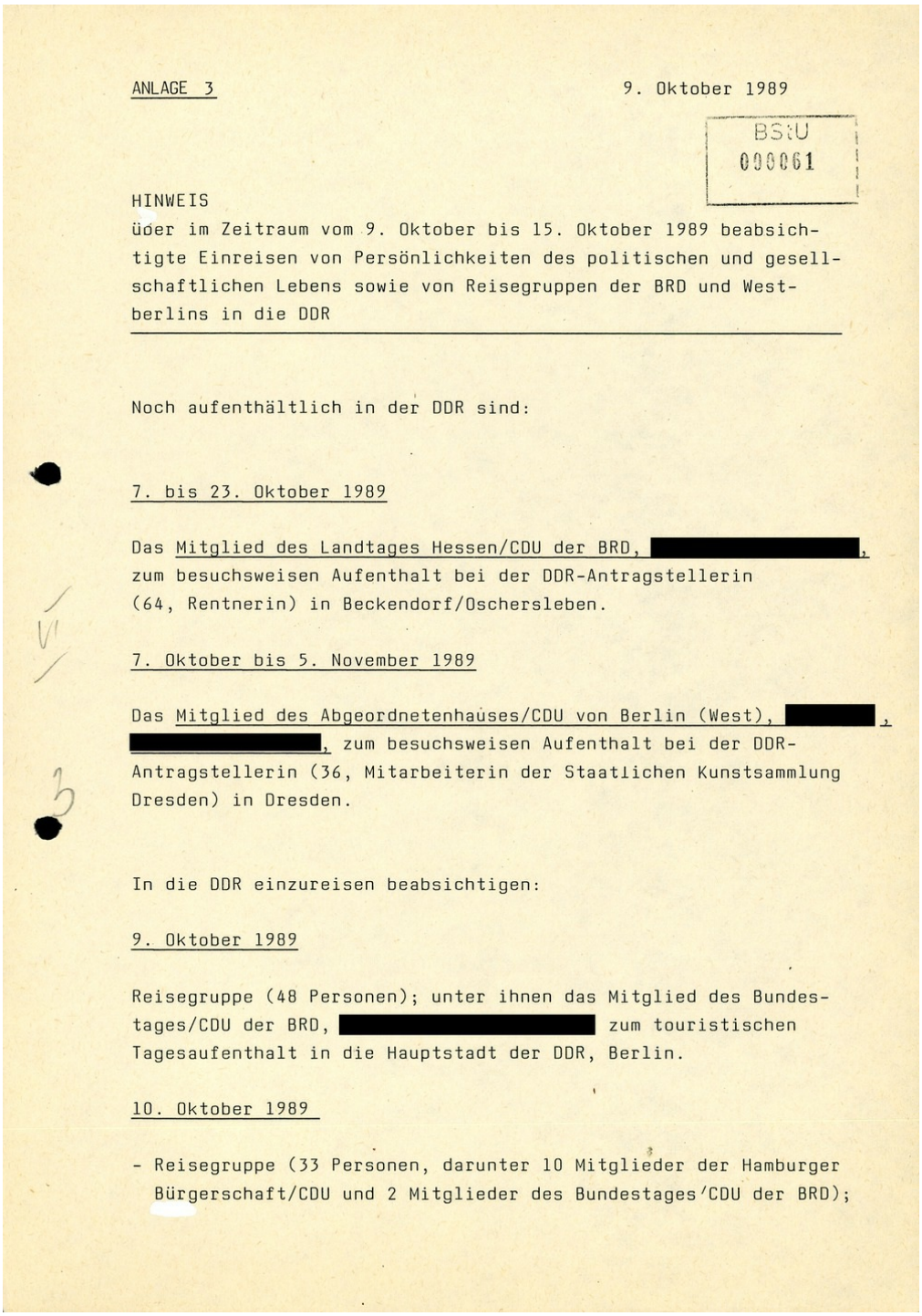
In dem anschließend zum unterschiedlichen Wahlmodus in der BRD und in der DDR geführten Meinungsaustausch schätzte RIND ein, daß die Bevölkerung in der BRD nur ungenügende und fehlerhafte Kenntnisse über entsprechende Regelungen in der DDR habe. Die öffentliche Meinung sei im wesentlichen durch den über die Medien verbreiteten Vorwurf der Wahlmanipulation in der DDR geprägt.

Zum Abschluß des Gesprächs brachte RIND sein Interesse an langfristigen Beziehungen zwischen der FDP und der LDPD auf Bezirksebene zum Ausdruck. Er sprach dabei eine allgemein gehaltene Einladung gegenüber LDPD-Funktionären nach Würzburg aus.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 60

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



ANLAGE 3

9. Oktober 1989

BStU
000061

HINWEIS
über im Zeitraum vom 9. Oktober bis 15. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR

Noch aufenthältlich in der DDR sind:

7. bis 23. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Hessen/CDU der BRD, [redacted], zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (64, Rentnerin) in Beckendorf/Oschersleben.

7. Oktober bis 5. November 1989

Das Mitglied des Abgeordnetenhauses/CDU von Berlin (West), [redacted], [redacted], zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (36, Mitarbeiterin der Staatlichen Kunstsammlung Dresden) in Dresden.

In die DDR einzureisen beabsichtigen:

9. Oktober 1989

Reisegruppe (48 Personen); unter ihnen das Mitglied des Bundestages/CDU der BRD, [redacted] zum touristischen Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

10. Oktober 1989

- Reisegruppe (33 Personen, darunter 10 Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft/CDU und 2 Mitglieder des Bundestages/CDU der BRD);

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000062

unter ihnen [redacted], zu einem touristischen Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

- Reisegruppe (50 Personen); unter ihnen das Mitglied des Bundestages/CDU der BRD, [redacted], zu einem touristischen Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

- Reisegruppe (50 Personen); unter ihnen das Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz/SPD der BRD, [redacted] zu einem touristischen Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

10. bis 18. Oktober 1989

Das Mitglied des Bundestages/DIE GRÜNEN der BRD, [redacted], zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (64, Rentnerin, Schwester des [redacted]) nach Moritzburg/Dresden.

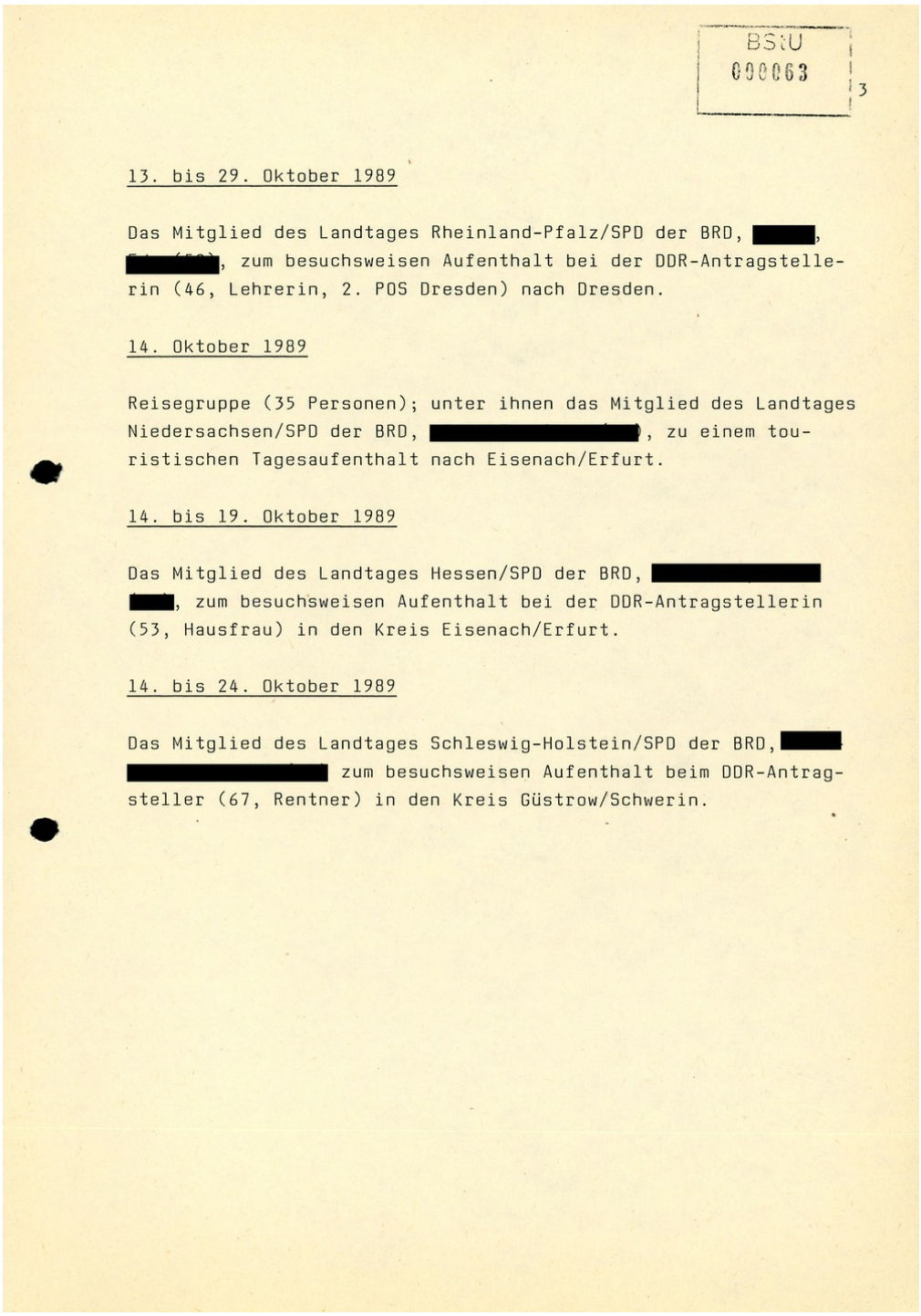
10. bis 14. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen/CDU der BRD, [redacted], zum besuchsweisen Aufenthalt beim DDR-Antragsteller (35, Brigadeleiter einer LPG) in den Kreis Mühlhausen, Bezirk Erfurt.

13. bis 16. Oktober 1989

Das Mitglied des Europaparlaments/CDU der BRD, [redacted], zu einem touristischen Aufenthalt (Einzeltourist) in die Bezirke Dresden und Rostock.

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000063

3

13. bis 29. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz/SPD der BRD, [redacted], [redacted], zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (46, Lehrerin, 2. POS Dresden) nach Dresden.

14. Oktober 1989

Reisegruppe (35 Personen); unter ihnen das Mitglied des Landtages Niedersachsen/SPD der BRD, [redacted], zu einem touristischen Tagesaufenthalt nach Eisenach/Erfurt.

14. bis 19. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Hessen/SPD der BRD, [redacted], zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (53, Hausfrau) in den Kreis Eisenach/Erfurt.

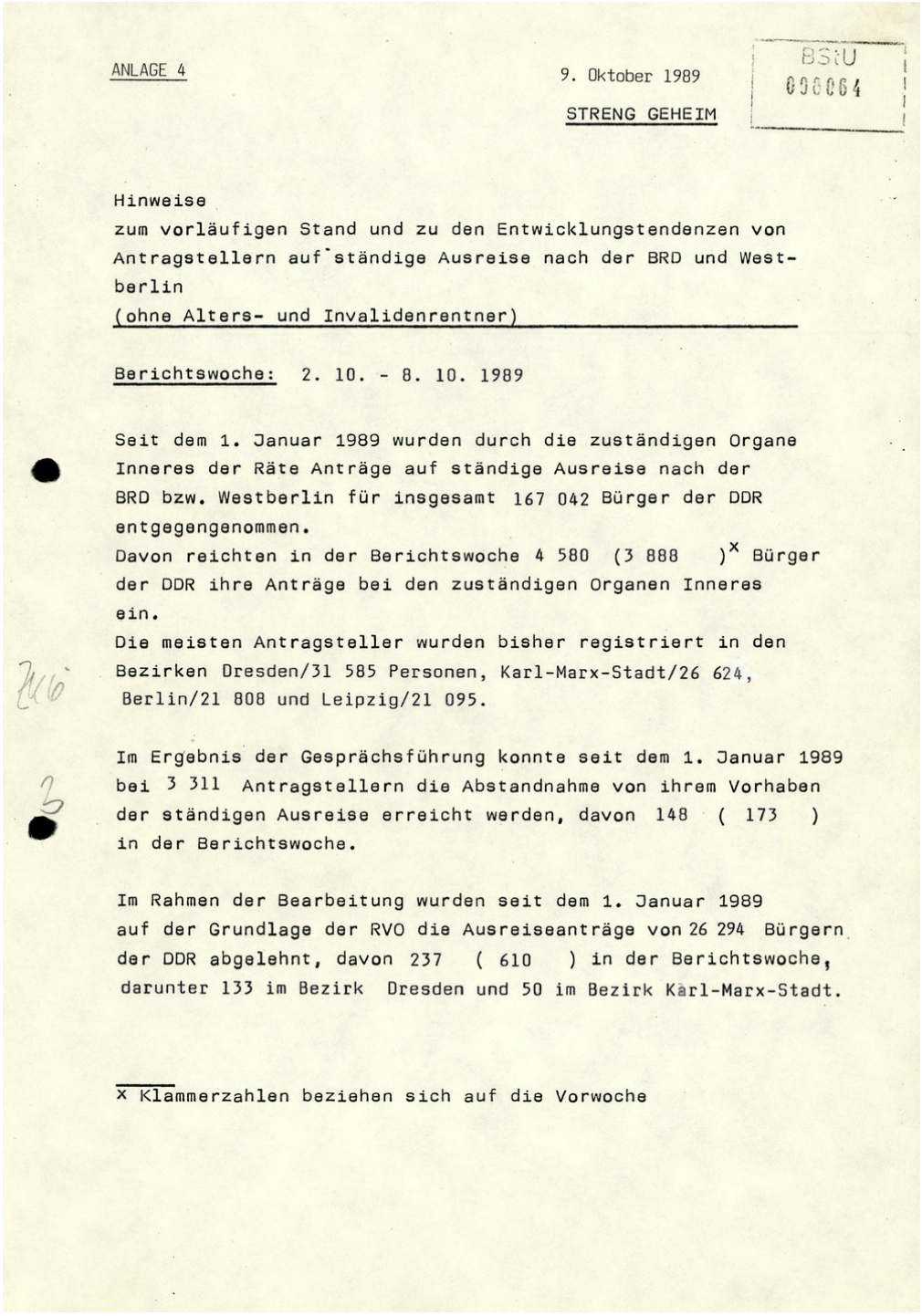
14. bis 24. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein/SPD der BRD, [redacted] zum besuchsweisen Aufenthalt beim DDR-Antragsteller (67, Rentner) in den Kreis Güstrow/Schwerin.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 63

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



ANLAGE 4

9. Oktober 1989

STRENG GEHEIM

BStU
000064

Hinweise
zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin
(ohne Alters- und Invalidenrentner)

Berichtswoche: 2. 10. - 8. 10. 1989

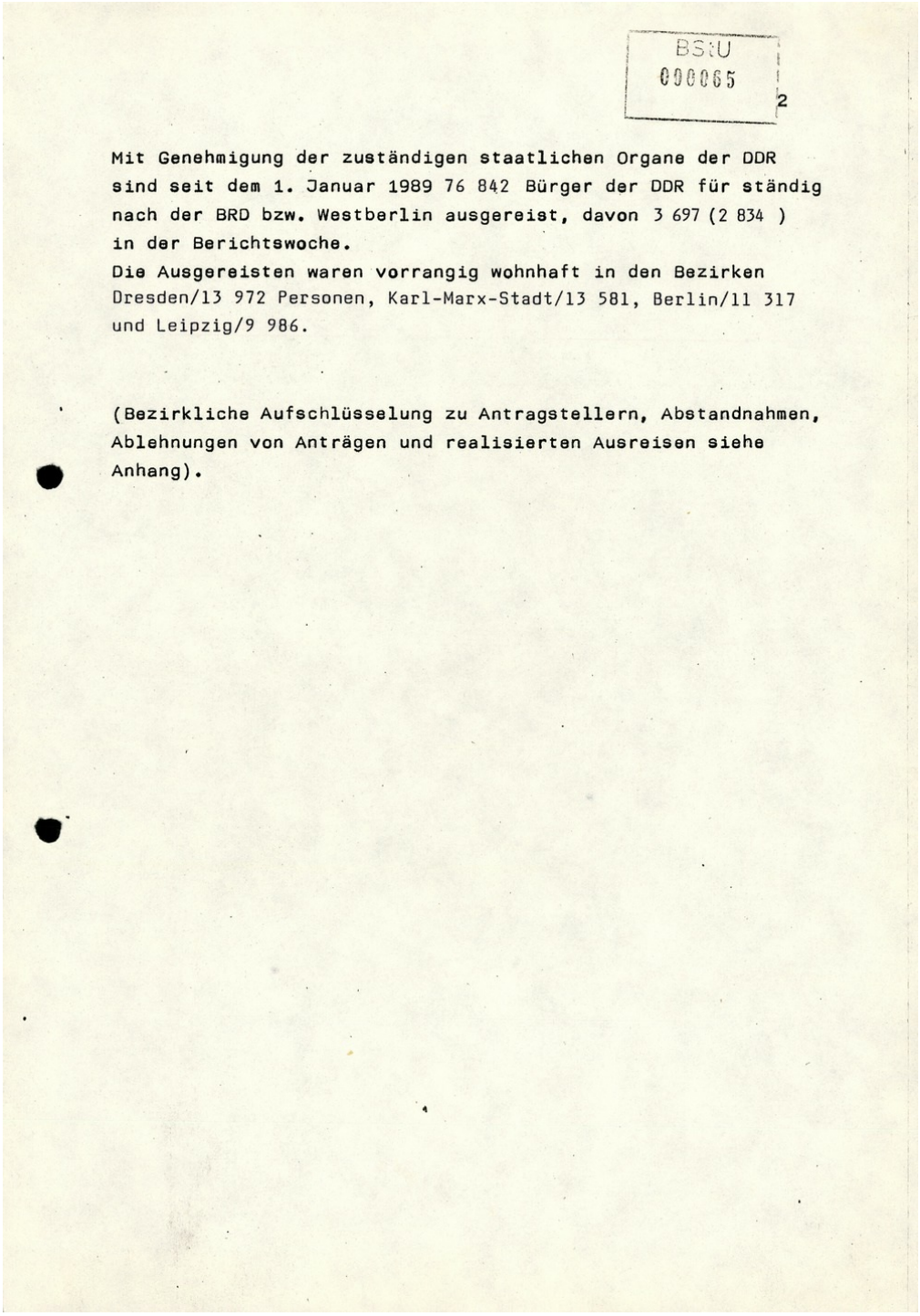
Seit dem 1. Januar 1989 wurden durch die zuständigen Organe Inneres der Räte Anträge auf ständige Ausreise nach der BRD bzw. Westberlin für insgesamt 167 042 Bürger der DDR entgegengenommen.
Davon reichten in der Berichtswoche 4 580 (3 888)x Bürger der DDR ihre Anträge bei den zuständigen Organen Inneres ein.
Die meisten Antragsteller wurden bisher registriert in den Bezirken Dresden/31 585 Personen, Karl-Marx-Stadt/26 624, Berlin/21 808 und Leipzig/21 095.

Im Ergebnis der Gesprächsführung konnte seit dem 1. Januar 1989 bei 3 311 Antragstellern die Abstandnahme von ihrem Vorhaben der ständigen Ausreise erreicht werden, davon 148 (173) in der Berichtswoche.

Im Rahmen der Bearbeitung wurden seit dem 1. Januar 1989 auf der Grundlage der RVO die Ausreiseanträge von 26 294 Bürgern der DDR abgelehnt, davon 237 (610) in der Berichtswoche, darunter 133 im Bezirk Dresden und 50 im Bezirk Karl-Marx-Stadt.

x Klammerzahlen beziehen sich auf die Vorwoche

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



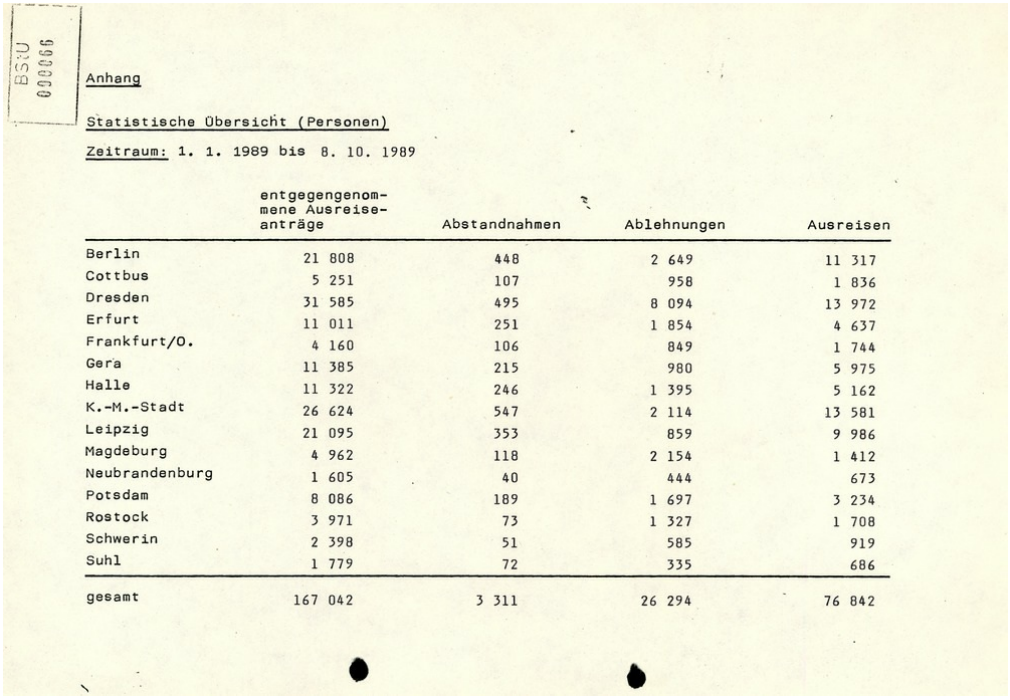
BStU
000065

2

Mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der DDR sind seit dem 1. Januar 1989 76 842 Bürger der DDR für ständig nach der BRD bzw. Westberlin ausgereist, davon 3 697 (2 834) in der Berichtswoche.
Die Ausgereisten waren vorrangig wohnhaft in den Bezirken Dresden/13 972 Personen, Karl-Marx-Stadt/13 581, Berlin/11 317 und Leipzig/9 986.

(Bezirkliche Aufschlüsselung zu Antragstellern, Abstandnahmen, Ablehnungen von Anträgen und realisierten Ausreisen siehe Anhang).

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU 000066

Anhang

Statistische Übersicht (Personen)

Zeitraum: 1. 1. 1989 bis 8. 10. 1989

	entgegengenommene Ausreiseanträge	Abstandnahmen	Ablehnungen	Ausreisen
Berlin	21 808	448	2 649	11 317
Cottbus	5 251	107	958	1 836
Dresden	31 585	495	8 094	13 972
Erfurt	11 011	251	1 854	4 637
Frankfurt/O.	4 160	106	849	1 744
Gera	11 385	215	980	5 975
Halle	11 322	246	1 395	5 162
K.-M.-Stadt	26 624	547	2 114	13 581
Leipzig	21 095	353	859	9 986
Magdeburg	4 962	118	2 154	1 412
Neubrandenburg	1 605	40	444	673
Potsdam	8 086	189	1 697	3 234
Rostock	3 971	73	1 327	1 708
Schwerin	2 398	51	585	919
Suhl	1 779	72	335	686
gesamt	167 042	3 311	26 294	76 842

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 66

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000067

ANLAGE 5 9. Oktober 1989

HINWEIS
zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR

Seit dem Inkrafttreten der festgelegten Maßnahmen (15. September 1989) wurden bis 8. Oktober 1989 durch Bürger der DDR bei den zuständigen Dienststellen des Paß- und Meldewesens der Deutschen Volkspolizei insgesamt

44 752 Anträge

auf Reisen nach der Ungarischen VR (38 207 - das entspricht 85,4 %), VR Bulgarien und der SR Rumänien gestellt.

(In der Berichtswoche waren 6 052 diesbezügliche Anträge gestellt worden. Das entspricht im Vergleich zur Vorwoche einem Rückgang um fast 2 350 Anträge bzw. 28 % weniger Anträge. Diese Entwicklung ist im wesentlichen jahreszeitlich bedingt.)

Durchschnittlich entfallen ca. 43 % der diesbezüglichen Anträge auf Bürger in der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre und ca. 31 % auf Bürger der Altersgruppe 27 bis 40 Jahre.

Im Zeitraum seit dem 15. September 1989 wurden 39 263 Genehmigungen für Reisen nach der Ungarischen VR (33 879), der VR Bulgarien (3 603) und der SR Rumänien (1 781) erteilt.
(Mit Stand vom 8. Oktober 1989 sind insgesamt 61 013 Bürger der DDR im Besitz einer Genehmigung - Reiseanlage PM 105 - für die Durchführung einer Reise in die Ungarische VR, VR Bulgarien und SR Rumänien.)

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989

BStU
000068
2

Seit dem 15. September 1989 wurden unter Zugrundelegung der entsprechenden Kriterien insgesamt 11 372 Anträge abgelehnt und 695 bereits erteilte Genehmigungen (Reiseanlagen PM-105) von den Bürgern wieder eingezogen.

53,4 % der ausgesprochenen Ablehnungen und 45,8 % der eingezogenen PM 105 betreffen Bürger, die Anträge auf ständige Ausreise gestellt haben bzw. zu deren diesbezüglichen Anträgen die Ablehnung ausgesprochen worden war.

Gegenüber den betroffenen Bürgern wurde die Ablehnung der Anträge gemäß §§ 13 - 15 der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (RVO) vom 30. November 1988 begründet; davon

6 000 Ablehnungen zum Schutz der nationalen Sicherheit,

1 918 Ablehnungen zum Schutz der Landesverteidigung,

2 362 Ablehnungen auf Grund des Vorliegens von Versagungsgründen gemäß § 14 (1) RVO,

1 092 Ablehnungen auf Grund des nicht ausreichend gewährleisteten Rechtsschutzes für Bürger der DDR während ihres Auslandsaufenthaltes.

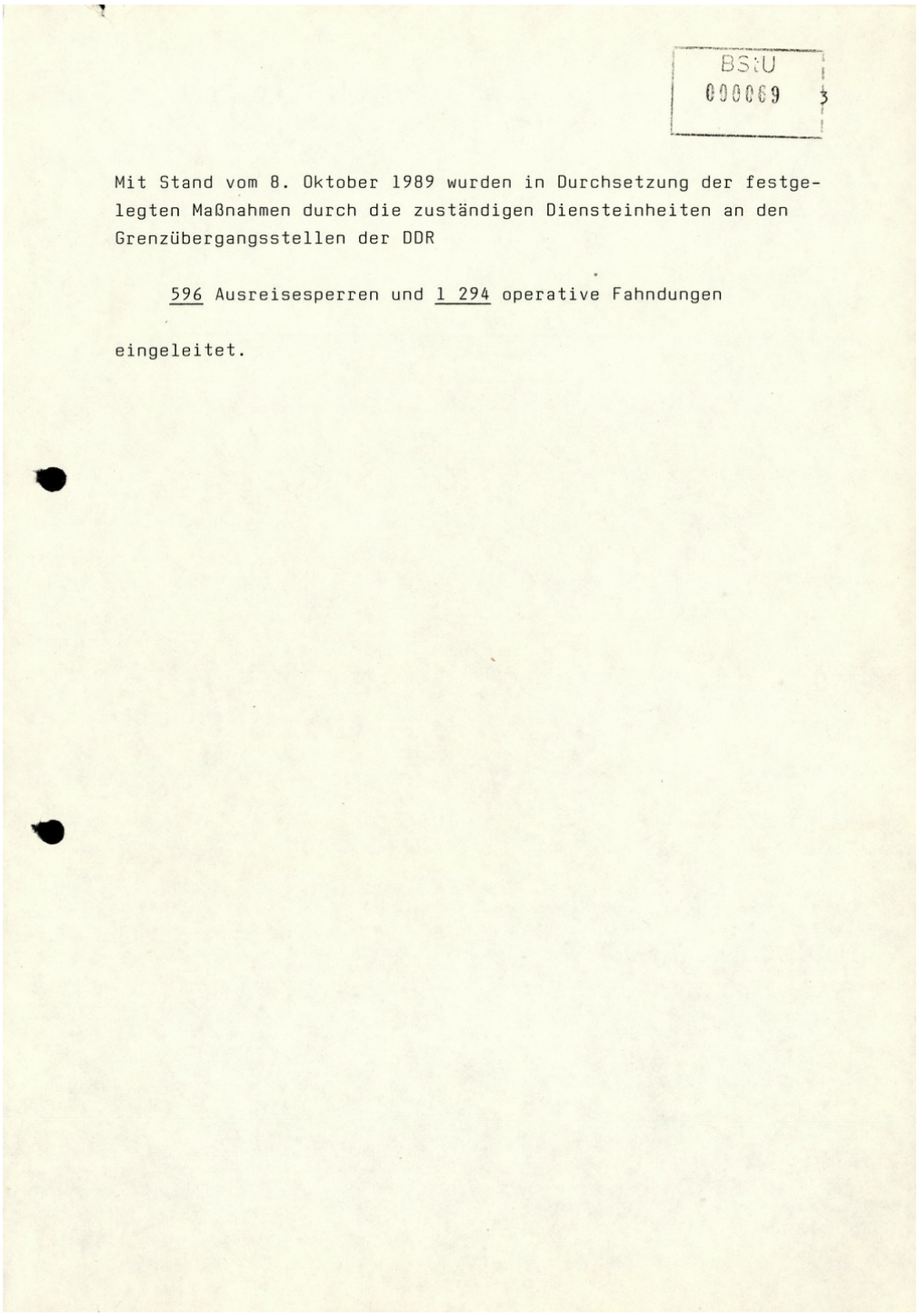
Bisher wurde gegen 1 490 ausgesprochene Ablehnungen (= 13,1 % aller ausgesprochenen Ablehnungen) das in der RVO eingeräumte Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt.

An den Grenzübergangsstellen der DDR zur CSSR bzw. am Flughafen Berlin-Schönefeld wurde seit dem 15. September 1989 1 133 Bürgern der DDR auf Grund des Vorliegens von Verdachtshinweisen auf den Mißbrauch erteilter Reisegenehmigungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR die Ausreise aus der DDR nicht gestattet und die Durchführung von Verdachtsprüfungshandlungen veranlaßt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 39-69

Blatt 68

Wochenübersicht Nr. 41/89 vom 9. Oktober 1989



BStU
000069
3

Mit Stand vom 8. Oktober 1989 wurden in Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen durch die zuständigen Diensteinheiten an den Grenzübergangsstellen der DDR

596 Ausreisesperren und 1 294 operative Fahndungen

eingeleitet.